

Thesen zur Kommunalwahl 2016

- Beschluss der VLK-Hessen vom 19. Februar 2015 -

Einleitung

Liberaler Politik orientiert sich am Leitbild des „mündigen Bürgers“, der Verantwortung für sich und andere übernimmt. Bei der Vermehrung von Lebenschancen fördern Freie Demokraten die freiwillige Selbstorganisation und das ehrenamtliche Engagement der Bürger, weil „Freiheit die Verantwortung des Erwachsenen ist.“ (Joachim Gauck). Nicht die Hoffnung auf den allmächtigen Staat, sondern die Tatkraft seiner Bürger macht eine Gesellschaft solidarisch, stark und lebenswert. Freiheit heißt Selbstverpflichtung nicht Beliebigkeit; Freiheit heißt Wahrnehmung von Rechten und Pflichten durch jede Person. „Verantwortung ist die Moral der Freiheit.“ (Hans-Dietrich Genscher)

Zentrale kommunale Politikfelder der Freien Demokraten sind:

1. Bildung
2. Kommunalfinanzen
3. Wirtschaft, Infrastruktur, Energie
4. Flüchtlinge, Integration
5. Entbürokratisierung, Bürgerbeteiligung, Entstaatlichung
6. Leben in der Kommune

1. Bildung

Bildung ist für Freie Demokraten zentrales Bürgerrecht und genießt für Freie Demokraten oberste Priorität. In der Bildungspolitik sehen Freie Demokraten einen Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit, denn jedes Kind hat unabhängig von seiner Herkunft und seinen Voraussetzungen das Recht auf ein bestmögliches Bildungsangebot.

Zentraler Ort für bestmögliche Bildungsangebote ist die Kommune. Für die Kommunen bietet sich die Chance, bestehende und neue Bildungsangebote zu koordinieren, um so eine lokale Bildungslandschaft aus einem Guss zu organisieren. Diese Angebote sollen zukünftig stärker als bisher an der Bildungsbiographie ihrer Bürgerrinnen und Bürger ausgerichtet sein.

Liberaler Bildungspolitik sieht Angebote in der Kommune von der frühkindlichen Bildung, freier ganztägiger Schule, bis hin zu Angeboten des lebenslangen Lernens vor.

Viele dieser Angebote gibt es schon in unterschiedlicher Trägerschaft. Liberaler Ansatz hierbei ist, durch kommunale Koordinierung diese Angebote miteinander zu verknüpfen und so für den Bürger als Ganzes erlebbar zu machen. Diese kommunale Bildungslandschaft soll die Eltern bei der Begleitung des Bildungsweges ihrer Kinder bestmöglich unterstützen. Staatliche Angebote können und sollen die Eltern aus ihrer Verantwortung aber nicht entbinden.

2. Kommunalfinanzen

Freie Demokraten wollen die Selbständigkeit der Kommunen, die deren Entscheidungskompetenzen stärkt und sie aus lähmenden Politikverflechtungen entfesselt.

Zur Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen ist eine Gemeindefinanzreform mit Abschaffung der konjunkturabhängigen und völlig unkalkulierbaren Gewer-

besteuer nötig. Zum Ausgleich soll die Gewerbesteuer durch eine eigene Kommunalsteuer mit einem eigenen Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ersetzt werden.

Im Zuge der Neuordnung öffentlicher Aufgaben sollen, wo es möglich ist, Aufgaben auf die kommunale Ebene nur dann übertragen werden, wenn die strikte Anwendung des Konnexitätsprinzips garantiert ist. Konnexität bedeutet: Wer eine Aufgabe überträgt, muss dafür auch deren Kosten tragen. Die Freien Demokraten wollen dieses Prinzip im Grundgesetz verankern. Schließlich muss gelten: „Wer bestellt, der bezahlt.“

Aufgabe der Kommunen ist es, in erster Linie ihre Pflichtaufgaben wirtschaftlich und sparsam zu erfüllen. Bei der Erfüllung freiwilliger Aufgaben sollen sich die Kommunen auf ihre koordinierende Funktion konzentrieren. Vorrang müssen immer private bzw. bürgerschaftliche Initiativen haben, die allenfalls durch begleitende Maßnahmen der Kommunen unterstützt werden können. Für Freie Demokraten hat bürgerliches Engagement Vorrang vor staatlicher Regulierung.

Die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs muss den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Konnexität berücksichtigen und eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Hessischen Kommunen gewährleisten. Das Land darf nicht die Erhöhung kommunaler Steuern erzwingen. Die Folge ist eine weitere zusätzliche Belastung der Bürger.

Die Ausgestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs darf nicht zur unverhältnismäßigen Abschöpfung finanzkräftiger Kommunen führen. Sie darf nicht dazu führen, dass eigene Anstrengungen der Kommunen (z. B. zur Ausweisung von Gewerbegebieten und zur Verbesserung der kommunalen Steuerbasis) finanziell nicht mehr attraktiv sind und damit kommunalpolitische Eigeninitiative demotiviert wird.

Die Freien Demokraten vertreten die Auffassung, dass in den sogenannten klassischen Gebührenhaushalten (Wasser, Abwasser, Abfall, Straßenreinigung, Bestattungswesen) das Kostendeckungsprinzip nach Maßgabe des Hessischen Kommunalabgabengesetzes berücksichtigt werden muss. Die Erträge aus Benutzungsgebühren in diesem Bereich sind so zu gestalten, dass sie die Aufwendungen neutralisieren.

Dem Bürger sollte die Möglichkeit eröffnet werden, Schuldengrenzen für kommunale Haushalte beschließen zu können. Denn mit der Schuldenhöhe wächst die Abhängigkeit von der Finanzindustrie und sinkt die politische Selbstbestimmung.

3. Wirtschaft, Infrastruktur, Energie

Wettbewerbsfähige Unternehmen anzusiedeln oder ihnen Entwicklungschancen vor Ort zu geben, sind Kernanliegen liberaler Kommunalpolitik. Dazu zählt eine vernünftige Gebühren- und Steuerpolitik ebenso wie die nachfrageorientierte Bereitstellung von Flächen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, die vorhandene Infrastruktur dem Bedarf entsprechend auszubauen. Straßen- und Schienennetz sowie das übrige ÖPNV-Angebot müssen mit der Entwicklung der Standorte Schritt halten. Freie Demokraten treten dafür ein, dass die kommunal verantwortete Vermittlung von Langzeitarbeitslosen noch enger auf die Notwendigkeiten der Unternehmen abgestimmt wird.

Fehlentwicklungen der Energiewende treten die Freien Demokraten entschieden entgegen. Energie muss sicher verfügbar und bezahlbar sein.

4. Flüchtlinge, Integration

Die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen stellt Kreise, Städte und Gemeinden aktuell vor allem im Ballungsraum vor große Herausforderungen. Wohnraum ist dort ohnehin knapp und daher relativ teuer. Land und Bund sind aufgefordert, ihren Pflichten nachzukommen und die in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten vollständig zu übernehmen.

Noch größer ist die Aufgabe, Flüchtlinge dauerhaft zu integrieren. Hier gilt es, in allen Kommunen Flüchtlingen die deutsche Sprache zu vermitteln, Kinder und Jugendliche in das jeweilige Betreuungs- und Bildungssystem zu integrieren und Zugänge zum örtlichen Arbeitsmarkt zu schaffen. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, Hemmnisse - soweit vorhanden - abzubauen, erwarten aber im Gegenzug auch Integrationsbereitschaft von den Flüchtlingen.

5. Entbürokratisierung, Bürgerbeteiligung, Entstaatlichung

Die Freien Demokraten wollen einen unkomplizierten Staat, der es seinen Bürgern so einfach wie möglich macht und der ihnen Freiräume schafft für ihr selbstbestimmtes Leben und ihren bürgerschaftlichen Einsatz für die Gesellschaft. Er soll sie nicht mit unnötiger Bürokratie gängeln. Gerade den Kommunen kommt dabei große Bedeutung zu, denn viele Behördenkontakte haben die Bürger mit kommunalen Verwaltungen. Diese müssen sich deshalb kontinuierlich modernisieren und an den Bedürfnissen der Bürger orientieren, die jeweils aktuellsten Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation nutzen und Abläufe immer wieder auf ihre Effizienz überprüfen. Eine besonders moderne Verwaltung kann besonders schlank sein und gleichzeitig Genehmigungsverfahren und Bearbeitungszeiten verkürzen. Entbürokratisierung ist für die Freien Demokraten eine Daueraufgabe.

Libérale Kommunalpolitik setzt auf Bürgerbeteiligung. Je früher Bürger in wichtige Entscheidungen eingebunden werden, desto besser. Das ermöglicht auch rechtzeitige Korrekturen. Die Freien Demokraten wollen, dass die Transparenz der Kommunalpolitik durch den Einsatz von modernen Kommunikationsmedien verbessert wird. Sehr wichtig ist es, dass möglichst viele Bürger ihr Wissen und Engagement in die kommunalen Beratungsgremien und die Arbeit der Trägervereine von Einrichtungen einbringen. Ausschuss- und Beiratssitzungen mit Bürgerfragestunde und regelmäßige Bürgerversammlungen sollten zur Selbstverständlichkeit werden. Öffentlich behandelt werden sollte in den Gremien alles, was gesetzlich erlaubt ist. Das erhöht die Kontrolle, die Begrenzung der Macht und die am Gemeinwohl orientierte Rechenschaftspflicht politischer Repräsentanten. Diesen Prinzipien sieht sich liberale Kommunalpolitik als Selbstorganisation verantwortungsbewusster Bürger besonders verpflichtet. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sehen Freie Demokraten sehr positiv.

Politik vor Ort trägt Verantwortung für eine gute kommunale Daseinsvorsorge. Das heißt aber nicht, dass die Kommune die Dienstleistungen selbst erbringen muss. Im Gegenteil: Durch privatwirtschaftliches Engagement im Wettbewerb lässt sich dies grundsätzlich effizienter organisieren. Die wirtschaftliche Tätigkeit von Städten, Gemeinden und Kreisen muss sich auf die Bereiche beschränken, in denen die erforderlichen Dienstleistungen nicht von privaten Anbietern mindestens gleichwertig oder sogar besser und preiswerter erbracht werden. Manche wollen derzeit das Rad der Entstaatlichung in der Kommunalwirtschaft zurückdrehen. Die Freien Demokraten nicht! Grundsätzlich gilt für Freie Demokraten: Mehr Privat, weniger Staat – das ist gut für alle, wenn die Leistungen vergleichbar sind und der Wettbewerb stimmt.

6. Leben in der Kommune

So sehr die Menschen die Ereignisse in der Welt auch beschäftigen: Das tägliche Leben findet in der Kommune statt! Die kulturellen, sportlichen und sozialen Angebote sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten in Vereinen und Einrichtungen entscheiden wesentlich über die Lebensqualität und Teilhabechancen vor Ort.

Kultur und Sport gelten manchen heute als „freiwilliges“, verzichtbares Angebot der Kommunen. Das sehen Freie Demokraten anders. Für Freie Demokraten sind die öffentlichen und privaten Investitionen für Kultur und Sport echte Zukunftsinvestitionen. Ohne die Möglichkeiten der Bürger, sich hier einzubringen, wären die Kommunen wirklich arm. Freie Demokraten wollen die Bereitstellung von Infrastruktur, Einrichtungen und Programm sicherstellen. Vor allem aber wollen Freie Demokraten durch gezielte Förderung die Bürgergesellschaft vor Ort stärken: Je mehr Menschen sich in kulturellen, sportlichen und sozialen Initiativen engagieren, desto größer und vielfältiger sind die Angebote, desto tiefer und fester aber auch der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Identität des Gemeinwesens. Gerade hier entfaltet sich das Ehrenamt besonders fruchtbar. Gerade hier findet Jugendförderung und Integration statt. Gerade hier nehmen Bürger Verantwortung in Trägervereinen wahr.

Kunst und Kultur sowie Sport- und Freizeitangebote sind aber auch wichtige Standortfaktoren für Städte und Gemeinden: Sie stärken den Tourismus, fördern die Ansiedlung von Unternehmen und beeinflussen die Wohnortentscheidung bei Fach- und Führungskräften sowie Familien.